

Er weiß, wie angenehm es sich
mitunter in einem zerstörten
Haus wohnen lässt:
In die EU möchte
der amtierende kroatische
Ministerpräsident Ivo Sanader
sein Land dennoch lieber
heute als morgen führen.
(Foto: EPP-ED)



um eine staatliche Anklage zu erwirken.

Selbst das kroatische Helsinki-Komitee (HHO), die wichtigste Institution für Menschenrechte in Kroatien, und vor allem sein Gründer und Leiter, Zarko Puhovski, einer der bekanntesten marxistischen Philosophen Ex-Jugoslawiens, behauptete vor zwei Wochen: „Die Situation der Menschenrechte in Kroatien hat sich normalisiert, wir haben keine Arbeit mehr mit schweren Rechtsverletzungen.“

Auch Puhovski, der während des kroatisch-serbischen Krieges einer von wenigen Intellektuellen in Kroatien war, die die Vertreibung und Ermordung der Serben als „ethnische Säuberung“ qualifizierten, scheint dem Staat mehr Glauben zu schenken als angebracht. Schließlich wurde am 18. Oktober, kurz vor der Normalisierungserklärung Puhovskis, der Journalist Zeljko Peratovic festgenommen, seine Wohnung durchsucht und seine Materialien, Handys und sein PC beschlagnahmt. Ihm wurde vorgeworfen, er habe Informationen des Geheimdienstes auf seinem Blog veröffentlicht. Der Hintergrund der Verhaftung dürfte allerdings gewesen sein, dass Peratovic durch seine Informationen den Verdacht erhärten kann, dass der Parlamentsabgeordnete und ehemalige Vizepräsident Darko Milinovic (HDZ) in Kriegsverbrechen in der Stadt Gospic verwickelt ist.

In der Tat ist es so, dass nicht mehr alle Kriegsverbrechen totgeschwiegen werden, doch dieser Fall zeigt, dass breite Kreise innerhalb des politischen und des bürokratischen Apparats nach wie vor versuchen, „geheime“ Informationen über Kriegsverbrechen so lange wie möglich zurückzuhalten.

Auch der Fortschrittsbericht der EU ist nicht davon überzeugt, dass sich die Situation in Kroatien normalisiere. Vergangene Woche wurde dem Land mitgeteilt, dass es mit dem für 2009 angestrebten EU-Beitritt nichts werde. Zwar mache Kroatien, im Vergleich zu anderen Balkanländern, Fortschritte. Doch die Justizreformen, die Bekämpfung der Korruption, die Entwicklung der Pressefreiheit und vor allem der Zugang von Minderheiten zu politischen Gremien seien ins Stocken geraten.

In der Tat ist der Kreis derer, die sich für die Aufklärung der Kriegsverbrechen einsetzen und Kritik an den sozialen Missständen üben, sehr überschaubar. Eine der wenigen konsequent antinationalen und aufklärerischen Medien ist die linke Wochenzeitung „Feral Tribune“. Aber auch diese dürfte ihre kritischste Zeit demnächst hinter sich haben. Bis zum Juni dieses Jahres erschien das Blatt 14 Jahre lang, Woche für Woche, mit exklusiven Recherchen über Kriegsverbrechen kroatischer Militärs, Politiker und Zivilisten. Doch am 14. Juni war

vorläufig Schluss. Die Zeitung konnte ausstehende Honorare und Gehälter wegen eines Schuldenbergs von etwa 140.000 Euro nicht mehr zahlen.

Zum einen sank die Zahl der Leser kontinuierlich, seitdem auch andere Medien über die Kriegsverbrechen berichten. Der wirkliche Grund für die Schulden liegt allerdings in dem Mehrwertsteuersatz von 22 Prozent. Es ist ein offenes Geheimnis, dass bei regierungsnahen und staatlichen kroatischen Medien öfter mal ein Auge zugedrückt wird, wenn es um die Steuerschulden geht.

Hinzu kommen bei „Feral Tribune“ immense Gerichtskosten und Geldstrafen, da die Zeitung und ihre Redakteure nach wie vor wegen „Zufügung seelischen Leids“ von kroatischen Politikern aus der Tudjman-Ära verklagt werden, die ihren „vaterländischen Krieg“ beschmutzt sehen. Anfang Juli kam dann die helfende Hand aus Deutschland. Kein geringerer als die deutsche WAZ-Verlagsgruppe unter ihrem Geschäftsführer Bodo Hombach kaufte die Zeitung, die bis dahin dem Redaktionskollektiv gehört hatte. Hombach war von 1998 bis 1999 Chef des deutschen Bundeskanzleramtes, danach arbeitete er in Brüssel als Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa. Unter seiner Regie hatte die WAZ-Gruppe schon mehrmals diese Übernahme versucht, was bislang am Widerstand der Redaktion scheiterte. Nun dürfte

es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis einzelne Redakteure ihren Hut nehmen können. Denn erst wenn die Zeitung nicht mehr als regierungskritisch eingestuft wird, dürften auch in Sachen Mehrwertsteuer für „Feral Tribune“ beide Augen zugedrückt werden. Man kennt sich eben.

Doris Akrap ist Redakteurin der Berliner Wochenzeitung Jungle World.

Nächste Woche

Unter den Achseln blond ...

... sei Hitler, wie man sich nach 1933 im „Dritten Reich“ erzählte. Über neuveröffentlichte Alltagsbeobachtungen aus Nazi-Deutschland und Feindanalysen zur „deutschen Mentalität“, die man im Gegensatz zum Nationalsozialismus militärisch nicht besiegen konnte.